

Bildungsgewerkschaft fordert Alternativen für eine soziale Politik

GEW startet Arbeitnehmerbegehren

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich dem von der IG Metall und anderen Gewerkschaften initiierten „Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik“ angeschlossen.

„Unsere Initiative richtet sich gegen die ‚große Koalition‘ des Sozialabbaus von Parteien und Wirtschaft“, sagte GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange in Frankfurt am Main. „Die Gewerkschaften haben Alternativen zu dieser Politik entwickelt. Diesen wollen wir mit dem Arbeitnehmerbegehren Gehör verschaffen.“

Stange kündigte an, dass die GEW jetzt in die Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Weiterbildung gehe, um mit den Menschen über einen Kurswechsel der aktuellen Politik zu diskutieren. „Wir wollen der größer werdenden Orientierungslosigkeit und Politikverdrossenheit ein positives Votum der Gewerkschaften entgegen setzen!“

Die GEW fordere mehr „Investitionen und soziale Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung, mehr Beschäftigung und Gerechtigkeit beim Umbau der Sozialsysteme.“

„Wir brauchen ein Steuersystem, das nicht die Reichen entlastet, sondern dem Staat ausreichende Mittel zur Daseinsfürsorge der Bürgerinnen und Bürger bereit stellt“, betonte Stange. Das Arbeitnehmerbegehren richte sich deshalb sowohl an die Beschäftigten als auch an die Millionen Arbeitslose und Rentner, die durch die Politik ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. „Wir brauchen nicht längere Arbeitszeiten, wie von den Arbeitgebern gefordert, sondern mehr Existenz sichernde Arbeitsplätze bei gerechter Entlohnung“, unterstrich die GEW-Chefin.

DGB warnt vor Aushöhlung der Erwachsenenbildung

Der DGB äußerte seine Erwartungen zu der von CDU und FDP geplanten Änderung des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes. DGB-Landeschef Hartmut Tölle wörtlich: „Der niedersächsische Weg in der Erwachsenenbildung hat sich über Jahrzehnte bewährt und erfährt eine hohe Anerkennung über die Grenzen Niedersachsens hinaus. Wir fordern die Mitglieder des Landtages auf, sich bei der Neugestaltung des Gesetzes nicht von parteipolitischen Ideologien und kurzfristigem Klientelgeklüngel leiten zu lassen. Die Erwachsenenbildung braucht politische und finanzielle Verlässlichkeit.“

Die Erwachsenenbildung in Niedersachsen sei bisher eine Erfolgsstory, weil sie immer an den Bedürfnissen der Menschen orientiert war, ohne ihre Identität dem sogenannten Zeitgeist zu opfern. Der gesellschaftspolitische Auftrag zur emanzipatorischen Bildung und die Förderung der beruflichen Qualifikation müssten als Kernaufgaben der Erwachsenenbildung erhalten bleiben. Der DGB warne vor weiteren Kürzungen in der Erwachsenenbildung. Jeder

Cent weniger gefährde die Substanz einer Trägerlandschaft, die sich in ihrer Vielfalt bewährt und zu einem bedeutsamen ökonomischen Standortfaktor für Niedersachsen entwickelt habe.

Der DGB geht davon aus, dass die Zusage der Landesregierung Bestand hat, keine weiteren Kürzungen in der Erwachsenenbildung in 2005 vorzunehmen. Veränderungen, die die Kooperationsmöglichkeiten verbessern und bürokratische Hemmnisse abbauen, werden vom DGB begrüßt.

DGB-Abteilungsleiterin Helga Papendick-Apel sagte in der Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur: „Umbrüche in der Lebens- und Arbeitswelt machen Erwachsenenbildung immer wichtiger. Erwachsenenbildung ist wesentlicher Bestandteil des lebenslangen Lernens, weil sie Berufs-, Werte- und Lebensperspektiven eröffnet. Erwachsenenbildung ist aber auch Standortfaktor, indem sie berufliche und soziale Produktionsintelligenz mobilisiert. Der Gesetzentwurf von CDU und FDP wird diesem Stellenwert nicht gerecht.“

Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik

Deutschland im Jahr 2004:

Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos. Tatsächlich fehlen rund sieben Millionen Arbeitsplätze.

Über 500 000 Jugendliche finden keinen Einstieg in das Berufsleben. Viele Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind in einem miserablen Zustand.

Der Konjunkturmotor stottert und kommt nicht in Fahrt, weil die Nachfrage im Inland und die Kaufkraft schwächeln – nicht nur die der ArbeitnehmerInnen, auch die der RentnerInnen, Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen. Knapp ein Prozent der Haushalte verfügt insgesamt über mehr als 25 Prozent des Geldvermögens.

Über 50 Prozent der Haushalte dagegen kaum über mehr als fünf Prozent. Die sozialen Gräben in der Gesellschaft werden tiefer.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern.

Wir haben politische Alternativen. Wir engagieren uns für eine andere, eine soziale Politik:

- die umweltverträgliches Wirtschaftswachstum fördert,
- die Arbeitslosigkeit bekämpft,
- die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Männer und Frauen schafft,
- die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung der Menschen ausbaut und
- die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

ARBEITNEHMER-BEGEHREN
Für eine soziale Politik!

Verwaltungsreform Chaos zu erwarten

Der DGB und ver.di haben in der Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport ihre Kritik an der Auflösung der Bezirksregierungen deutlich gemacht. Sie kritisierten insbesondere, dass die niedersächsische Landesregierung den zweiten Schritt vor dem ersten Schritt gemacht hat. ver.di-Fachbereichsleiterin Susanne Kremer: „CDU und FDP wollen die Bezirksregierungen auflösen ohne vorher eine umfassende und flächendeckende Aufgabenkritik geleistet zu haben.“ Der Prozess sei zu keinem Zeitpunkt ergebnisoffen gewesen. Alternativkonzepte der Beschäftigten der Bezirksregierungen wurden ohne vorherige inhaltliche Bewertung zu den Akten gelegt. Susanne Kremer übte scharfe Kritik daran, dass die Landesregierung gegebene Zusagen wie „Arbeit kommt zum Menschen“ und „Verwaltungsreform wird sozialverträglich gestaltet“ nicht einhalte. Auch die Zusage, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gebe, ist nach der Kündigung der 81er-Vereinbarung zur Staatsmodernisierung zum 31. Dezember 2004 hinfällig geworden. Betriebsbedingte Kündigungen sind ab 1. Januar 2005 zu befürchten.